

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Der Oldenburgische Volksfreund

Oldenburg

No. 72, 7. September 1850

urn:nbn:de:gbv:45:1-4866

Der Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Zweiter Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 21 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagsbuchhandlung angenommen.

Die Correspondenz in der Augsb. Allg. Zeitung.

„Was die Zustände unseres Großherzogthums betrifft, so leiden wir an einem Uebermaß von Freiheit, weil es uns an aller Selbstbeschränkung fehlt.“

Der Herr Correspondent malt ein Bischen ins Schwarze. Daß wir in unserm Staatsgrundgesetze ein reichliches Maas von Freiheit besitzen, zu reichlich für den oldenburgischen politischen Magen, der an die neuen Speisen sich noch nicht recht gewöhnen kann, ist freilich gewiß; aber so schlimm steht es doch nicht mit uns, daß wir ganz und gar aus Rand und Band sind; unsre Verfassung giebt doch noch einige Schranken, welche unsre Freiheit in den Grenzen der Ordnung halten, wohin z. B. das absolute Veto gehört. Zudem ist die Verfassung noch nicht recht lebendig geworden; wir stehen noch immer in dem Anfange des Anfangs und das wird vielleicht für lange Zeit noch unser Loos sein, solange noch die oberste Behörde in Deutschland fehlt und wir uns im „Urschlamm“ der bloßen Kopfwahl bewegen. Daß wir in diesem Anfange stecken bleiben, ist vielleicht ein Leiden, das aus dem Uebermaß von Freiheit kommt; das Leiden theilen wir aber mit mehreren andern Kleinstaaten, die seit 1848 eine neue Gestalt bekommen haben.

„Daneben haben wir uns in eine Sackgasse verrennt, aus der wir nicht heraus können. Wir sind gleich demjenigen, der mit einem erhobenen Fuß auf derselben Stelle steht, ohne zu wissen, wohin er treten soll.“

Dieses soll sich wohl auf den Anschluß an die Union beziehen. Wir möchten aber wissen, ob es den

andern Kleinstaaten besser geht, oder ob selbst die Königreiche einen Vortheil vor uns voraus haben. Ja, wenn man will, kann man sagen, daß ganz Deutschland in eine Sackgasse gekommen ist, aus der uns vielleicht nur das Schwert einen Ausweg bahnen kann. Müssen wir auch diesem Correspondenten sagen, daß Oldenburg nun einmal keine große Politik treiben kann und daß wir uns immer in einer Sackgasse befinden werden? Oesterreich oder Preußen wird uns stets in eine Sackgasse treiben — neulich hatte auch Hannover Lust dazu — wenn es aber einmal sein muß, so geht man doch in die Sackgasse, die am wenigsten enge ist.

„Unsern Demokraten, die ihre Politik aus dem Monde holen, geht es wie einem reichen Bauern.“ Folgt die bekannte Geschichte; es ist nur zu bedauern, daß sie so schlecht erzählt ist. Unse Demokraten wird der Vorwurf wenig rühren, daß sie ihre Politik aus dem Monde holen; sie werden es nicht glauben, denn den Mondsuchtigen ist ihr krankhafter Zustand unbekannt. Sollte der Vorwurf wahr sein, so werden uns die Demokraten wohl nächstens einige ihrer politischen Mondkälber mit herab bringen. Ist das Manifest von Ruge, Mazzini und Genossen, das in den freien Blättern abgedruckt wird, vielleicht schon ein Mondkalb?

„Unser Landtag — besteht neben einigen vernünftigen Männern aus Schulmeistern, Rechnungsführern, Advocaten und Pfarrern von der vorzüglichsten Art, wie Deutschland sie überall in den letzten Jahren hat kennen gelernt.“

Die Classification ist nicht genau. Jeder wird sie aus den stenographischen Protokollen, wenn er anders diese ewigen Denkmäler landtäglicher Bereds-

samkeit noch nicht zu Tutenpapier gebraucht hat, be-
richtigen können.

„Alle übrigen schreibenden Individuen arbeiten
in den Lokalblättern an dem Wohle des Landes,
d. h. sie sagen dem Ministerium Grobheiten.“

Heißt das: alle übrigen schreibenden Individuen des
Landtags oder des Landes? In beiden Fällen ist
es nicht ganz richtig. Unser Ministerium ist kein
Ministerium, das den allgemeinen Haß auf sich ge-
laden hätte; es zählt vielmehr noch Freunde genug,
die auch öffentlich die Stimme für dasselbe erheben.
Und wenn die demselben befreundete Presse es z. B.
antreibt, die Schuld an Schleswig-Holstein zu bezah-
len, so ist das doch wohl im Sinne des Correspon-
denten keine Grobheit?

„Mölling, die bekannte, spasshafte Person in der
Paulskirche und dem Stuttgarter Rumpfparla-
ment, der lieber Geld einnimmt als ausgiebt,
braucht diese Eigenschaft (daß Oldenburg Mitglied
der Union ist) zum Vorwand ein Häuflein demo-
kratischer Nachteulen zur Gleichgültigkeit gegen
Schleswig-Holstein zu verleiten.“

Daß Hr. Mölling eine spasshafte Person ist, haben
wir dem Correspondenten aufs Wort zu glauben nicht
nöthig, weil seine landtägliche Thätigkeit uns hier
Proben davon gegeben hat. Daß aber Hr. Mölling
zur Gleichgültigkeit gegen Schleswig-Holstein bewegen
will und wären es auch nur demokratische Nach-
teulen, das sind wir so frei zu bezweifeln. Er hat
freilich die Petition an die Regierung um Auszahlung
der Schuld an Schleswig-Holstein nicht unterschrieben,
allein, wie berichtet wird, nur aus formellen Gründen;
und was die Privat-Beiträge für die Herzogthümer
betrifft, so werden zahlreiche Beiträge aus Feyer ge-
geben, an denen Hr. Mölling und Glaubensgenossen
sich auch theiligen. Ob Hr. Mölling geizig und
knickerig ist, steht uns nicht an zu widerlegen noch zu
bestätigen, weil wir nichts davon wissen und der
Meinung sind, daß Gebrechen des Privatlebens nicht
vor die Oeffentlichkeit gehören.

Diese kurzen Bemerkungen mögen genügen. Wir
bitten den unbekanntem Hrn. Correspondenten, künftig
genauer und deutlicher zu schreiben.

Kirchliche Bemerkung.

Die Beyerzeitung bringt eine Nachricht aus Baiern,
welche so lautet:

„Der neue Kirchenverfassungsentwurf ist sämt-
lichen theolog.-protestantischen Facultäten Deutsch-
lands zur Begutachtung vorgelegt und ist von 12
derselben:

Erlangen, Berlin, Heidelberg, Breslau, Bonn,
Göttingen, Marburg, Tübingen, Greifswalde,
Rostock, Halle und Leipzig

verworfen, weil sie auf demokratischen Grundsätzen
ruhe und Lehre und Bekenntniß der subjectiven
Willkühr preisgebe, folglich die Kirche nothwendig
zerstören und in sittlicher und religiöser Hinsicht die
traurigsten Folgen bei ihren Gliedern hervorrufen
müsse. Kiel, Gießen und Jena haben ihr Gut-
achten noch nicht abgegeben.“

Bedenkt man hiebei, daß unsre Kirchenverfassung
in jeder Hinsicht freier und demokratischer ist, als die
bairische, was muß dann für ein Urtheil über sie
ergehen! Bedenkt man ferner die verschiedene Be-
handlung dieses Gegenstandes dort und hier, wie muß
man erkaunen über den leichten Sinn unserer Ver-
fassung machenden Männer, welche mit dem princi-
piellen Leisten, ohne Rücksicht auf fremde, competente
Urtheile, wie Schuhmacher arbeiten. Daß unerfahrene
Weltliche nichts Bedenkliches dabei finden, z. B. Rechts-
gelehrte, welche von politischen Principien beherrscht
werden, Landleute und Bürger, welche von einer
Wissenschaft, die im Christenthume wurzelnd, über dem-
selben das Wächteramt führt, nichts wissen, Schul-
lehrer, welche v. d. Velde's Urtheil: „Schiller hat eine
Religion, welche hoch steht über allen Religionen der
Erde“ nachsprechen, — das ist kein Wunder, aber
daß Geistliche ihren Namen so schnell unter das
Todesurtheil ihrer Kirche setzen, das ist eine Erschei-
nung, die schwer zu begreifen ist. Als Todesurtheil
wird aber unsre Verfassung fast von sämmtlichen
Universitäten Deutschlands, wie das Beispiel aus
Baiern zeigt, dargestellt. Es scheint die Bescheidenheit
ganz aus der Welt zu entfliehen. Es bedarf nur der
Volkswahl, um sich fähig zu den schwersten Aufgaben
zu halten. Daß alles Wissen nichts ist ohne Erfah-
rung, wird gar nicht mehr bedacht. Junge Männer,
die eben der Schule entlaufen, wagen sich an die
schwierigsten Geschäfte. Candidaten, kaum ordiniert,
melden sich zu umfangreichen Stellen, ohne Rücksicht
auf die, welche mit einem reichen Schatz der Erfah-
rung ausgerüstet sind, ja bald wird der Sohn mit
dem Vater certiren, wird in die Synode treten und
dem Alten Gesetze decretiren. Daß solche Jünglinge
gewählt werden, ist wieder nicht zu verwundern, denn
als Assistenten oder Hülfsprediger, als Auditor oder

Accessit ic. beliebt werden, ist gar keine Kunst. Alle feindlichen Berührungen, alle unbequemen Ansprüche fehlen und nur der hoffnungsvolle, junge Mann mit seiner schönen Rede und seiner zuvorkommenden Gefälligkeit bleibt. Daß sie gewählt werden ist also kein Wunder, aber — wenn sie annehmen — O sancta petulantia!!

Die Presse.

Neulich ist die Entdeckung gemacht, daß ein gewisser Heller vier Zeitungen von Rendsburg aus mit Nachrichten vom Kriegsschauplatz versorgte und zwar vier Zeitungen von ganz verschiedener Farbe, die deutsche Reform, das Organ des preussischen, den Lloyd, das Organ des österreichischen Ministeriums, die Kölner Zeitung, ein „Gothaer“ Blatt und die Norddeutsche Freie Presse, das Organ der Demokratie in Holstein. Natürlich waren alle Correspondenzen auf den Standpunkt der Blätter zugeschnitten; in dem einen Blatte hieß es so, in dem andern anders; an Wahrheit war nicht zu denken. Ist es zu verwundern, daß nach solchen Vorgängen die Presse, die die öffentliche Meinung kund geben soll, keinen rothen Heller bei den Regierenden gilt? Und diese Vorgänge sind gewiß nicht vereinzelt, wenn sie auch nicht so schamlos sind, wie die genannten. Correspondenzfabriken sind leicht errichtet; sie bedürfen kein Anlagecapital und kein Betriebscapital, als nur so viel, um in eine Kneipe gehen zu können, um dort die Kanne gießer reden zu hören; keine andere Bildung ist nöthig, als „mir“ und „mich“ nicht zu verwechseln, mit vielen Worten wenig zu sagen und keine weitere Geschicklichkeit, als aus einer Mücke einen Elephanten zu machen und sich den Anschein eines Eingeweiheten zu geben. Gewissenhaftigkeit ist für manche Fabriken dieser Art etwas rein Ueberflüssiges. Der alte Schlosser sagt: Bagabondirende Literaten, politische Kannegießer der Wirthshausgesellschaften sind die Pest unsrer Zeit. Und er hat Recht. Wir sind darum in Deutschland noch weit davon entfernt, eine Presse zu besitzen, die als der Ausdruck der öffentlichen Meinung gilt, wie in England. Die Deutschen sind freilich schreibselig genug; aber diese Schreibseligkeit zeigt sich nur zu häufig am unrechten Platze und bei den unrechten Leuten. Ein großer Theil der Zeitungs-Correspondenten bestand und besteht nämlich aus Leuten, die entweder ihre Stellung verloren haben und die zu einem andern Gewerbe weder Lust noch Fähigkeit besitzen;

graben mag ich nicht, zu betteln schäme ich mich — folglich psusche ich in Literatur. Dahin gehören z. B. Candidaten, die ihr Examen nicht machen konnten und nun ohne Anstellung herumlaufen, aus dem Dienst entsetzte Lieutenants und Unteroffiziere ic.; oder aus solchen, die eine zweifelhafte Stellung haben, wie emancipirte Judenjünglinge, literarische Barbieri, unglückliche Schauspieler ic. Solcher Art Leute giebt es in großen Städten sehr viele, die geschäftig sind, die öffentliche Meinung zu fabriciren und zu verwirren — wie es im „glorreichen“ Jahre 1848 geschehen ist und in dem glorarmen von 1850 noch geschieht. Es ist durch sie dahin gekommen, daß die öffentliche Meinung nicht geachtet, sondern verachtet wird, daß sie anstatt die fünfte Macht zu sein, das fünfte Rad am Wagen ist. Preußen und Sachsen geben die Beweise für den, der noch Beweise nöthig hat.

Berichtigung.

Die Freien Blätter drucken das Manifest der doctrinären Demokraten Ledru-Rollin, A. Ruge &c. ab. Der Federaner Schlosser urtheilt über Leute dieses Schlages so: — allerdings ist die eille, doctrinäre Partei, oder die Proudhon, Lamartine, Ledru-Rollin, Louis Blanc, Girardin und wie sie weiter heißen mögen, oft noch schlimmer als die rothe Partei, weil sie nicht wie diese durch ihre Crapüle, ihre Rohheit, ihre Gotteslästerung beleidigt und abgeschreckt. — Zugleich eine Berichtigung des in der vorigen Nummer Abgedruckten, das durch Auslassungen unverständlich geworden ist.

Dulon und die Schullehrer-Conferenz zu Delmenhorst.

Nach der Ansicht der Verehrer des Christenthums ist der von Dulon angekündigte Wecker zur Untergrabung der Kirche bestimmt. Daß nun Menschen von üblem Rufe zur Verbreitung einer solchen Schrift gerne die Hand bieten, ist nicht zu verwundern. Eine tiefe Entrüstung und Besorgniß um die Zukunft unserer Kinder muß es aber erregen, wenn wir im Delmenhorster Kreisblatte vom 30. August lesen:

„daß dem Vernehmen nach auf einer in diesen Tagen zu Delmenhorst stattgefundenen Versammlung von Schullehrern unter andern auch die Frage

zur Erörterung gekommen sei, auf welche Weise die vom Pastor Dulon in Bremen angekündigte, ohne Zweifel zur möglichsten Untergrabung des Christenthums mitbestimmte Zeitschrift „der Wecker“ am zweckmäßigsten zu verbreiten und dem Volke zugänglich zu machen sei.“

Da wir wissen wollen, ob der Unterricht unserer Kinder sich wirklich in den Händen solcher Männer, wie das Kreisblatt sie bezeichnet, befindet, um sehr ernstliche Schritte zu unternehmen, wenn jener Anzeige Thatsachen zum Grunde liegen sollten, werden wir Alles anbieten, uns darüber Aufklärung zu verschaffen und dann den Umständen nach verfahren.

Auch wir ersuchen daher jeden Mann von Ehre, der über diese Angelegenheit zuverlässige Auskunft zu geben im Stande ist, den Hergang in jener Versammlung und die Namen der Theiligten in diesen Blättern bekannt zu machen, geben aber die Hoffnung nicht auf, daß jene Mittheilung des Kreisblattes auf einem Irrthum beruhen werde.

Uebrigens scheint Politik — die doch weit außer dem Gesichtskreis und Berufskreise der Schullehrer liegt und so manchen warmen Freund diesem Stande entfremdet hat — allerdings in jener Versammlung eine lebhaftere Ventilation erfahren zu haben, da uns soeben aus geachteter Hand die Nachricht zugeht, daß dem Vernehmen nach auch die Frage erörtert sei: „wie die Schullehrer bei verschiedenen politischen Ansichten den Eltern und den Predigern gegenüber sich zu verhalten haben.“ Wollen denn die Schullehrer mit den Eltern ihrer Schüler oder gar mit den Schülern selbst und mit ihren Predigern durchaus Politik treiben? oder wollen sie gar ihre abweichenden politischen Ansichten durch die Schule den Eltern ihrer Schüler aufdringen? Was sagt das Consistorium dazu?

Curiosum.

Bei der Wahl zur Synode der evangelischen Kirche dieses Landes hat — auch ein Catholic mitgestimmt und der Vorsitzende dieses ganz natürlich gefunden, weil ja die Frau Protestantin sei und doch vertreten werden müsse. Da bekanntlich jetzt die Religionsverschiedenheit kein Gehinderniß mehr ist, also Juden, Muhamedaner, Feuer- und Fettschabeter Christinnen heirathen dürfen, werden wir nach jener Aufassung noch die Ueberraschung erleben können, daß

Juden, Mohamedaner, Feueranbeter und Fettschabeter bei dem Bau unserer evangelischen Kirche sich betheiligen.

Im Hannoverschen hat kürzlich ein Superintendent einen Juden als Taufzeugen zugelassen. Auch nicht übel.

Der Bundestag.

der selig entschlafen sein sollte, ist nur scheinodt gewesen und jetzt wieder aufgelebt, wenn auch nur zur Hälfte. Bei diesem frohen Ereignisse wäre es wohl an der Zeit, ein Feierlich zu dichten, wie es ja in der guten alten Zeit bei Geburten, Verhelichungen und Reisen fürstlicher Personen Mode war. Möchten doch die Dichter unseres Landes, die bei solchen Anlässen sich zur Arbeit ließen, Veranlassung finden, auch jetzt die Erweckung des Bundestags anzufingen. Der Lohn wird ein freundliches Lächeln der Gesandten und vielleicht eine Hofrathsstelle in österreichischen Diensten sein; kommen nachher andere Zeiten, so kann man ja sagen, die Poesie sei nur Kinderei gewesen; nur ein Versuch, um practisch die Schwierigkeiten des Heimens kennen zu lernen. Oder man kann auch davon einen effectvollen Gebrauch machen, indem man ausruft: daß man den schönen Fürstendienst jetzt aufgeben und als reuevoller Sünder sich in die Arme des Volks werfe; das wirkt! Möchten unsere Poeten das bedenken! Schaden, das ist klar, kann ein solches Gedicht nimmermehr bringen. Was meinen Sie dazu, Herr Mölling?

Kirchennachricht.

Vom 31. August bis 6. Septbr. sind in der Oldenb. Gemeinde:

1. Copulirt. 80) Dierich Günther Nicolis und Christine Caroline Wilhelmine Renaber, Oldenburg. 81) Heinrich Gottfried Lübke und Christine Friederike Henriette Wiemken, a. d. Haarenthor. 82) Eilert Subr und Anna Margarethe Henning, Oldenburg. 83) Peter Wilhelm Dierich Haselbort und Helene Friederike Henriette Knappe, Eversten. 84) Johannes Peter Christ und Margarethe Christiane Sophie Weser, Oldenburg.

2. Getraut. 269) Margarethe Friederike Wilhelmine Hötting, Gerberhof. 270) Friedrich Wilhelm Koopmann, Ohmsiede. 271) Paul Friedrich August Bessels, a. d. Heiligengeistthor. 272) Bernhard Heinrich Theodor Christ, Oldenburg. 273) Anna Marie Catharine Harms, Eversten. 274) Johannes Friedrich Hugo Fuhrken, a. d. Heiligengeistthor. 275) Wilhelmine Gessine Helene Kortlange, Donnerstschwee. 276) Ein unehel. Knabe.

3. Beerdigt. 217) Mathilde Sophie Johanne Barelmann, 3 J., Oldenburg. 218) Johann Heinrich Schmidt, 3 M., a. d. Heiligengeistthor. 219) Vlette Caroline Sophie Schlemann, 1 M., Oldenburg. 220) Hermann Johann Martin Brunken, 6 M., Oldenburg.

Gottesdienst in der Lambertikirche.

Sonntag, den 8. September:

Vorm. (Anf. 8 Uhr.) Herr Pastor Greverus.

Vorm. (Anf. 9½ Uhr.) Herr Pastor Gröning.

Nachm. (Anf. 2 Uhr.) Herr Kirchenrath Clausen.

Brieftasche.

Cravall in Drake. Kommt gerade beim Schluß des Blattes; — in der folgenden Nummer.

Der

Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Zweiter Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagsbuchhandlung angenommen.

Union und Bundestag.

Die Krisis, in welcher die Sache der Union in diesem Augenblicke schwebt, macht es für die Partei der Union unerlässlich, sich ernstlich die Frage vorzulegen, wie weit der Gedanke, mit dem sie steht und fällt, auch im schlimmsten Falle noch festzuhalten ist. Eine Einigung darüber, was die Partei selbst will und über den Weg, den sie einzuschlagen hat, thut viel dringender Noth als die unausgesetzte Polemik gegen Preußen, die doch Keinen etwas Neues lehrt.

Das Schwanken, in das einige Blätter gekommen sind, ist höchst gefährlich für unsre Entwicklung und man kann nicht häufig genug folgende Wahrheit, die einzige Errungenschaft unsrer Revolution, ins Gedächtnis rufen: die Regeneration Deutschlands in der Weise, daß eine gemeinsame, durch ein Parlament getragene Regierung es gegen Außen hin mit souveräner Machtvollkommenheit vertritt und im Innern die allgemeinen Angelegenheiten ordnet, ist so lange unmöglich, als innerhalb des Landes zwei souveräne, europäische Mächte sich befinden. Denn weder die eine noch die andere wird sich in ernsthaften Dingen einer Abstimmung fügen, wo die Entscheidung bei den Kleinstaaten ruhen müßte; und wo keine einheitliche Regierung da ist, ist ein Parlament etwas sehr Ueberflüssiges.

Eine Regeneration Deutschlands in diesem Sinne ist, wenn man von einer demokratischen Revolution, die das Unterste zu oberst kehrt und bei der man nicht wissen könnte, was zuletzt daraus werden soll, absieht, nur auf zwei Wegen denkbar.

Entweder verliert die eine der beiden Mächte ihre Souveränität und wird ein Vasall des andern —

ein Fall, der nicht im Reich der Wahrscheinlichkeit liegt,

Oder die beiden Mächte trennen sich von einander, jede von ihnen zieht diejenigen Kleinstaaten, die in ihren Kreis gehören, in ihren politischen Organismus und so ergänzt treten sie dann mit einander in ein völkerrechtliches Bündniß.

Die letztere Form ist darum der ersten vorzuziehen, weil die Macht, welche die andere unterdrückt, bei der Lage der Dinge doch nur Oesterreich sein könnte; Oesterreich darf aber in Deutschland darum die Hegemonie nicht führen, weil seine eigenthümlichen Bildungselemente von der deutschen wesentlich verschieden sind.

Es bleibt also die Bildung einer Union mit Preußen an der Spitze, wie die Verhältnisse auch immer sich gestalten mögen, der einzige rationelle Weg, uns unsern Ziele zu nähern. — — —

Wenn die Großdeutschen von einer Bundesreform sprechen, so wollen sie damit eine Verstärkung der Bundesgewalt, allenfalls Volksvertretung u. s. w. andeuten, kurz, eine Befriedigung des Nationalwillens, wie er sich im Jahr 1848 ausgesprochen hat, innerhalb des weiteren Bundes. Oesterreich denkt keinen Augenblick daran, aber es hütet sich wohl, diese abweichende Meinung auszusprechen, weil es vorläufig die Großdeutschen gegen Preußen zu benutzen gedenkt. An eine Verstärkung der Bundescentralgewalt gegen die größeren Regierungen denkt kein Staat der Liga. Es kann ihnen nur um eine Verstärkung derselben gegen die eigentlichen Kleinstaaten und gegen die demokratischen Bewegungen zu thun sein. Das Erstere — das Schlimmste, was Deutschland widerfahren könnte, können die Unionsregierungen auf bundes-